

II-2236 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 10941J

A n f r a g e

1985 -01- 2 5

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Dr. Stummvoll
und Kollegen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend irreführende Aussagen des Sozialministers zum
Thema Entlastung der Wirtschaft

Die "Arbeiter-Zeitung" vom 7.1.1985 berichtet über eine
Aussage von Sozialminister Dallinger über eine angebliche
Entlastung der Wirtschaft im Jahr 1985. "Mit Jahreswechsel
sind Beitragssenkungen zum Insolvenzausfallgeld und zum
Entgeltfortzahlungsfonds in Kraft getreten. Diese Beitrags-
senkungen, die der Wirtschaft Milliardenbeträge ersparen,
seien, so Sozialminister Dallinger, Ausdruck dafür, daß die
Regierung eine wirtschaftsfreundliche Politik betreibe,
die die Grundlage für Investitionen bilde".

Wohlweislich wird hingegen nichts über die zusätzliche
Belastung der Wirtschaft durch die gleichzeitige Anhebung
des Beitragssatzes in der Pensionsversicherung erwähnt.
Durch diese Beitragserhöhung kommt es zu einer zusätzlichen Be-
lastung der Wirtschaft auch 1985, weil diese Erhöhung von den
Senkungen der anderen beiden Beiträge nicht aufgehoben wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten aus diesem Grund
an den Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

1. Wie hoch ist die zusätzliche Belastung der österreichischen Wirtschaft für 1985 durch die neuerliche Anhebung des Pensionsversicherungsbeitrages?
2. Wie hoch ist die Entlastung der österreichischen Wirtschaft für 1985 durch die Beitragssenkung zum Insolvenzausfallgeld und zum Entgeltfortzahlungsfonds?
3. Warum sprechen Sie in irreführender Weise von einer Entlastung der Wirtschaft, obwohl per Saldo die Wirtschaft 1985 höhere Sozialbeiträge zu entrichten hat als schon 1984?